

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis 2,50 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kaiser, Berlin.
Für die Expedition: Eduard Steinbröner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köpenicker Park 2.

Insertate für die vierspaltige Beilage ober deren Raum 1,50 Mk.
Arbeitervermittlungen 75 Pf.
Verbandsanzeigen 50 Pf.

Ein Willkommen den Bildhauern!

Am 1. Oktober erfolgt die Verschmelzung des Bildhauer-Verbandes mit unserm Deutschen Holzarbeiter-Verband. Damit ist die Geschichte der selbständigen Organisation der Bildhauer beendet. Der Bildhauer-Verband war einer der ältesten Zentralverbände, er bestand seit dem Jahre 1881. Zu den großen Verbänden hat er freilich nie gehört, dazu war sein Rekrutierungsgebiet zu gering. Aber er hat immer einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Berufsangehörigen umfaßt. Gehören doch die Bildhauer, als Angehörige eines kunstgewerblichen Berufs, der im allgemeinen größere geistige Sorgsamkeit voraussetzt, zu der Elite der deutschen Arbeiterschaft, und das bringt es mit sich, daß sie auch ihrer Berufsorganisation von jeher ein größeres Interesse entgegenbrachten.

Der Beschluß, die selbständige Organisation aufzugeben, ist den Bildhauern nicht leicht gefallen. Schon seit dem Jahre 1906 haben sich die Generalversammlungen der Organisation mit der Anschlussfrage beschäftigt. Wiederholt haben Urabstimmungen stattgefunden. Sie haben stets eine Bestätigung der Tatsache gebracht, daß bei den Holzbildhauern, welche die Mehrzahl der Verbandsangehörigen umfassen, die Neigung für den Uebertritt zum Deutschen Holzarbeiter-Verband viel größer war als bei den anderen Branchen. Bei der engen Berührung, dem Umstand, daß viele Holzbildhauer mit Tischlern im gleichen Betrieb arbeiten, ist das erklärlich. Ebenso erklärlich ist es aber, daß bei den anderen Branchen der Bildhauer, so bei den Modellisten und ganz besonders bei den Steinbildhauern, der Verschmelzung mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband mit sehr gemischten Gefühlen gegenüberstand. Die Gruppe der Steinbildhauer ist zwar verhältnismäßig klein, aber auch sie hat Anspruch auf Beachtung. Es ist begreiflich, daß ein größerer Teil ihrer Angehörigen der Organisation der Steinarbeiter größere Sympathien entgegenbrachte.

Die vor der diesjährigen Generalversammlung vorgenommene Urabstimmung hat ergeben, daß bei einer Beteiligung von 82 Prozent der Mitglieder sich 77,6 Prozent der Abstimmenden für den Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband ausgesprochen haben. Diese Willensäußerung hat die Generalversammlung respektiert. Sie hat den Verbandsverband beauftragt, mit dem Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wegen des Uebertritts zu verhandeln, und das Ergebnis dieser Aussprache ist, daß der „Zentralverein der Bildhauer Deutschlands“, wie der offizielle Name der Organisation lautet, am 1. Oktober mit sämtlichen Aktiven und Passiven vom Deutschen Holzarbeiter-Verband übernommen wird.

Der Bildhauer-Verband hätte nach den neuesten statistischen Erhebungen in 66 Verwaltungskreisen 3353 Mitglieder. Der jahrelange Gewinn an Mitgliedern, der unserm Deutschen Holzarbeiter-Verband durch den Uebertritt zuwächst, fällt also wenig ins Gewicht. Aber der ideale Gewinn darf nicht zu niedrig veranschlagt werden. Die Bildhauer bilden eine Gruppe geistig hochstehender, überzeugungstreuer Gewerkschafter, von denen erwartet werden darf, daß sie trotz ihrer verhältnismäßig geringen Zahl nicht in der Masse verschwinden werden; wir hoffen, daß nicht die Spuren ihres Wirkens bald in unserm Verband spüren wird. Der Uebertritt der Bildhauer erfolgt natürlich nicht im Interesse des Holzarbeiter-Verbandes, sondern ausschließlich im Hinblick auf die Lage im Bildhauerberuf. Es ist ein Schritt auf dem Wege der Entwicklung von der Berufsorganisation zum Industrieverband, einer Entwicklung, die sich viel langsamer vollzieht, als man früher gedacht hat. Unser Holzarbeiter-Verband hat von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß man die Dinge reifen lassen muß, und daß Eingriffe von außen den Gang der Entwicklung nur hemmen können. Wo in einer Berufsorganisation der Anschluß an unsern Holzarbeiter-Verband erzwungen und diktiert wird, da läßt sich die Festhaltung und Vermeidung es, unerzielene Rückschlüsse zu erzielen. Die Mitglieder der Organisation müssen unbeeinträchtigt ihrem Willen Ausdruck geben. Nur dann vollzieht sich die Verschmelzung glatt und reibungslos, wenn sie von den Mitgliedern frei beschlossen wurde.

In der Diskussion über den Uebertritt, die auf der Generalversammlung der Bildhauer und vorher in ihrem Verbandsorgan gepflogen wurde, ist immer wieder betont worden, daß der Uebertritt geschloffen erfolgen müsse. In die Zeit gehöre die Bildhauer der verschiedenen Branchen zusammen. Die Verschiedenartigkeit des Materials, das sie bearbeiten, verhin- dert nicht den Wechsel von der einen zur andern Branche. Aber auch abgesehen davon, bestehen zwischen den Bildhauern so viele Berührungspunkte, die Kollegialität hat in der kleinen Organisation eine so schöne Pflege gefunden, daß es lebhaft zu bedauern wäre, wenn der Uebertritt, an den großen Verband bezu führen sollte, daß die engen Beziehungen zwischen der Kollegialität, die sich durch jahrelanges gemeinsames Wirken herausgebildet haben, nun gewaltsam zerrissen würden.

Nein, sie gehören zusammen, die Angehörigen der verschiede- nen Zweige des Bildhauerberufes, und die Einrichtungen unseres Deutschen Holzarbeiter-Verbandes gestatten den Angehörigen der einzelnen Berufe die Ausbildung und die Pflege eines organisatorischen Eigenlebens. In der ganz gleichen Weise, wie bisher in ihrem Zentralverein, so können die Bildhauer auch weiterhin im Holzarbeiter-Verband die Kollegialität pflegen, die Fachfragen erörtern und die berufliche Fortbildung fördern. Diese Dinge, die den Vorzug der Berufsorganisation bilden, können auch im Holzarbeiter-Verband unverkürzt erhalten bleiben. Die Pflege der beruflichen Eigenart geschieht nur im Rahmen des großen Industrieverbandes, der seinen Mitgliedern einen stärkeren Rückhalt gewährt. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Bildhauer im Deutschen Holzarbeiter-Verband eigene örtliche Branchensektionen bilden werden, die durch die zu bildende Zentralkommission in ständiger enger Fühlung miteinander bleiben.

Die Angehörigen der Stein-, der Modell- und der sonstigen Branchen des Bildhauerberufes brauchen auch nicht zu befürchten, daß ihre Berufsinteressen vernachlässigt werden könnten gegenüber denen ihrer holzverarbeitenden Kollegen. Die Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß sie durchaus nicht die einzigen Angehörigen eines Berufes sind, die, obwohl nicht Holzarbeiter im engeren Sinne des Wortes, doch im Deutschen Holzarbeiter-Verband die Organisation finden, in der sie ihre Berufsinteressen wirksam wahren können. Im Kampf um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband reiche Erfahrungen gesammelt, die ebenso wie die materiellen Kampfesmittel des Verbandes allen seinen Mitgliedern ohne Rücksicht auf ihren speziellen Beruf in gleichem Maße zur Verfügung stehen.

Den Mitgliedern des seitherigen Zentralvereins der Bildhauer bieten wir im Deutschen Holzarbeiter-Verband den herzlichsten Willkommengruß. Sie sind uns keine Fremden. Wir kennen uns seit Jahren. Die Zentralvorstände der Organisationsform sowohl als auch die Mitglieder in den einzelnen Orten haben bisher schon freundschaftlich zusammen gearbeitet. Durch die Verschmelzung der Organisationen wird das Verhältnis noch intimer werden. Es ist denkbar, daß den seitherigen Mitgliedern des Bildhauer-Verbandes dies und jenes in der neuen Organisation zunächst etwas ungewohnt vorkommen wird, aber das wird sich sicher sehr bald geben. Wir sind überzeugt, daß sie sich recht schnell eingelebt haben werden, und daß sie bald erkennen werden, daß ihnen der Uebertritt nur Vorteil gebracht hat. Wie den Arbeitern der verschiedenen anderen Berufszweige, die er umschließt, so wird der Deutsche Holzarbeiter-Verband nunmehr auch den Bildhauern sicheren Schutz und Schirm bieten.

Das Sozialisierungsproblem. (Schluß.)

In der kapitalistischen Gesellschaft ist der Arbeiter Objekt nicht nur der Gesetzgebung, sondern auch der Wirtschafts- verfassung. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung will den Betrieb, die Industrie ertragreich gestalten. Um sie zur Blüte zu bringen, muß der Arbeiter dem Betriebe eingeordnet werden. Die sozialpolitische Gesetzgebung zielt wohl darauf ab, der Ausbeutung gewisse Grenzen zu ziehen. Aber man weiß, welchen Widerstand die Industriellen stets der Einführung und dem Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung entgegenstellen haben. Bezeichnend für die untergeordnete Rolle, die man dem Arbeiter als Persönlichkeit in dem Wirtschaftsgetriebe zugewiesen hat, ist die Gleichstellung von Industrie und Industriellen, die allmählich in der Sprache der Industriemagnaten sowohl wie in der der kapitalistischen Wirtschaftspolitiker gang und gäbe geworden ist. Auch in diesen Dingen haben die Novembertage des vorigen Jahres eine völlige Umwälzung hervorgerufen. Der Persönlichkeit des Arbeiters soll zur Geltung kommen und ringt nach Anerkennung.

Einen Ausdruck dieser Bestrebungen erblicken wir in dem Räte system. Auf den Ursprung dieses Systems brauchen wir hier nicht einzugehen. Man hat es aus Rußland übernommen, und es gilt als der Ausdruck des revolutionären Willens der Arbeiterschaft. Die Rätefrage ist in Deutschland nur so alt wie die Revolution, aber in den wenigen Monaten ihres Bestehens hat sie eine äußerst umfangreiche Literatur hervorgerufen, die unheimlich wächst. Als Träger des revolutionären Gedankens haben sich unter Beiseiteziehung der vorhandenen proletarischen Organisationen die Räte etabliert. Sie waren auf einmal da, und ihr Ringen um die Anerkennung hat schnell mit einem völligen Sieg geendet. Der Rätegedanke erfreut sich einer großen Popularität. Viel schwieriger als die Etablierung der Räte erwies sich aber die Aufgabe, ihnen das gebührende Arbeitsfeld zuzuweisen. Hier gehen die Ansichten sehr weit auseinander. Während auf der einen Seite der Kampfruf ertönt: „Alle Macht den Arbeiterräten!“, will man die Räte auf der andern Seite nur in der bescheidenen Rolle von Arbeiterausschüssen und Betriebsvertrauensleuten gelten lassen.

Unseres Erachtens wird bei diesem Streit um die Räte dem Namen eine viel zu große Bedeutung beigelegt zum Nachteil

für die Sache. Man bezeichnet die Träger der verschieden- artigsten Funktionen als Arbeiterräte und bewirkt damit eine Konfusion, die der Sache nur abträglich ist. Die Verfechter des Schlagwortes: „Alle Macht den Arbeiterräten!“ gehen von dem an sich richtigen Gedanken aus, daß im sozialistischen Gemeinwesen das, was man heute die Staatsverwaltung nennt, in weit höherem Maße die Verwaltung und Leitung der Volkswirtschaft sein wird. Hier sollen die Arbeiter, als der weitaus stärkste Teil der Bevölkerung, den bestimmenden Einfluß ausüben. Die gesamte Staatsmacht in allen ihren Abstufungen soll sich in den Arbeiterräten verkörpern. Das ist eine politische Streitfrage, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen. Politik und Wirtschaft waren bisher schon Begriffe, die in enger Beziehung zueinander standen und sich nur schwer voneinander trennen ließen, und künftig wird das in noch höherem Maße der Fall sein. Als Gewerkschafter interessiert uns aber doch nur ein beschränktes Gebiet der staatlichen Ver- waltung, und wir können darauf verzichten, Streitfragen zu berühren, die zu einem Zankapfel zwischen den proletarischen Parteien geworden sind.

Beschränken wir uns also auf die wirtschaftlichen Aufgaben der Räte. Diese sind sehr verschiedenartig. In erster Linie sollen sie Träger der Betriebsdemo- kratie sein. Außerdem sollen die Räte aber auch die So- zialisierung fördern und als Organe des Gemein- wens an der Leitung unserer Volkswirtschaft beteiligt sein und auf sie einen bestimmenden Einfluß ausüben. An verschiedenen Stellen hat man ins einzelne gehende Systeme für die Wahl und die Betätigung der Arbeiterräte ausgearbeitet. Die Anhänger der verschiedenen Systeme führen die erbittert- sten Kämpfe gegeneinander. Jeder ist von der Unfehlbarkeit seines Systems überzeugt, und täglich werden neue Systeme erfunden. Die Diskussionen erinnern zuweilen an die gelehrten Disputationen, die in vergangenen Zeiten zwischen den Theo- logen geführt wurden, und sie haben oft auch das mit ihnen gemein, daß über den Streit um Worte die Sache stark in den Hintergrund tritt.

Eine Vorstufe für die Sozialisierung ist die Demokratisierung der Betriebe. Der Unter- nehmer soll seiner Selbstherrlichkeit entkleidet werden. Disher haben sich viele Unternehmer gestäubt, auch nur Arbeiteraus- schüsse mit bescheidenen Befugnissen anzuerkennen. Nun bringt das Gesetz über die Betriebsräte dieser Arbeitervertretung viel weitergehende Rechte und Machtbefugnisse. Nach seiner Durchführung wird es mit dem Recht des Herrn im Hause für die Unternehmer für immer vorbei sein. Man kann es verstehen, daß die Herren sich dagegen sträuben und alle Mittel anwenden, um der Einrichtung, die sie als ein fürchtbares Uebel empfanden, zu entgehen. Es wird ihnen nichts nützen. Sie werden sich mit den Betriebsräten abfinden müssen. Die Teilung der Macht im Betrieb mit der Vertretung der Ar- beiter mögen sie als Vorbereitung für den künftigen Zustand betrachten, wo sie des Besitzes und des Gewinns aus dem Be- trieb völlig entkleidet werden. Auf der andern Seite wird auch von der Arbeiterschaft noch manches an dem Gesetz über die Betriebsräte ausgelegt. Es sei zugegeben, daß es in einzelnen Partien verbesserungsfähig ist. Im ganzen genommen kann es aber als eine recht annehmbare Lösung der gestellten Aufgabe betrachtet werden.

Im Betriebsrat befindet sich der Arbeiter in einer Sphäre, die ihm gewohnt ist. Er hat die Interessen der Kol- legen im Betrieb wahrzunehmen. Die Fragen, die hier- bei in Betracht kommen, sind ihm geläufig, und soweit die Be- fugnisse der Betriebsräte über die seitherigen Aufgaben der Arbeiterausschüsse hinausgehen, wird es einem intelligenten Arbeiter nicht schwerfallen, sich die zur vollen Erfüllung seiner Amtspflichten notwendigen Fähigkeiten anzueignen. Schwieriger wird das bei den Aufgaben sein, welche die Arbeiterräte der höheren Ordnung zu erfüllen haben. Sie sollen in den Wirtschaftskammern, wie man diese Körperschaften nennen kann, die Sozialisierung der Industrie und des Wirtschaftens vorbereiten und dieses zweck- entsprechend leiten. An die Arbeiterräte, die berufen werden, hier mitzuarbeiten, werden ungleich höhere Anforderungen ge- stellt werden müssen als an die Betriebsräte. Hier genügt es nicht, ein tüchtiger Arbeiter in seinem Beruf und ein erprobter Gewerkschafter zu sein, der Gewählte muß auch in Fragen Be- scheid wissen, die für gewöhnlich den Arbeiter im Betrieb we- niger interessieren. So z. B. soll er über die Rohstoffbeschaf- fung und die Abgabemöglichkeiten für seinen Beruf unterrichtet sein, er soll über einige volkswirtschaftliche Kenntnisse verfügen und anderes mehr. Die Auswahl der geeigneten Personen für diese Stellen wird nicht sehr groß sein, und man wird sich vielfach mit Leuten begnügen müssen, welche nur die Anlagen für diese Fähigkeiten besitzen. Also die Tätigkeit in den Wirt- schaftskammern wird eine vorzügliche Schule sein für fähige und strebende Arbeiter.

Wir denken gewiß nicht niedrig von der deutschen Arbeiter- schaft. Wir wissen, daß in ihr eine Lamenge von Intelligenz und Laikheit schlummert. Unsere seitherigen wirtschaftlichen Verhältnisse tragen Schuld daran, daß manches Genie bei gehäufiger Arbeit verkümmern mußte. Die Soziali- sierung wird manch schlummerndes Genie in der Arbeiterschaft wecken und ihm die Möglichkeit geben, sich zum Wohl der Gesamtheit zu entwickeln. Aber man

Zum Beispiel in den Coburger Holz- und Rohrmöbelfabriken sind Tischler und Korbmacher tätig. Die Tischler stellen ihre Holzfasern zum allergrößten Teil unter Zuhilfenahme von Maschinen her, während die Korbmacher ihre dekorativ wirkenden Geflechte nur unter Anwendung ihrer Fingerfertigkeit erzeugen. Keinem Coburger Tischlergehilfen wird es einfallen, die Bedingung aufzustellen, daß sein Mitarbeiter mit 24 Mk. geringer entlohnt werden muß, nur weil er eben Korbmacher ist. Sind denn die Herren Korbmacher auch verpflichtet, sich mit 20 Prozent weniger Löhnen zu begnügen als ihre Kollegen aus der Holzindustrie? Die Verkaufspreise der Korbwaren und Rohmöbel lassen das Gegenteil vermuten.

Der sachmännische Artikelschreiber behauptet dann, daß die Lebensmittelpreise sinken und dadurch die hohen Lohnforderungen hinfällig seien. Ja, liegt denn der Herr keine Zeitung? Nämlich wird bekanntgemacht: Die Brot-, Milch-, Butter-, Kartoffelpreise werden vom Sonntag viertel ab erhöht. Was kostet heute ein Unzug? Stiefel, Wäsche, Streinöpfe steigen dauernd in Preise, und der Herr Korbwarenfabrikant behauptet das Gegenteil, nur daß die Preise für Korbwaren steigen, gibt er zu, indem er wörtlich sagt: „Es werden Preise gefordert, die jeder Verechtlung spotten.“ Die Auswirkung des Tarifvertrages schildert der Herr folgendermaßen: „Durch die hohen Tariflöhne müssen die tausendertei Artikel der Hausindustrie einen Preis erfahren, der auf die Dauer nicht gezahlt werden kann. Der betr. Artikel wird zweifellos sehr bald durch irgend etwas Nützliches aus Holz oder Eisen ersetzt, und eines Tages ist die Herstellung als nicht mehr lohnend zu Ende. Das Handwerk stirbt aus, wie es in unendlich vielen anderen Handwerksbetrieben im Laufe der letzten Jahrzehnte auch der Fall gewesen ist. Die einzige Möglichkeit besteht, daß die alte Hausindustrie sich noch längere Zeit hält, daß in den Familien, ohne Rücksicht auf irgendwelche Tariflöhne, größere Mengen Waren hergestellt werden. Das alles sucht aber der Tarifvertrag zu unterbinden, man möchte sagen, es ist kaum ein gründlicheres Verfahren zu finden, um unserer hochentwickelten Industrie den Garau zu machen, als die allgemeine Einführung eines Tarifvertrages. Ich wiederhole daher ganz dringend, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den Abschluß eines derartigen Vertrages zu verhindern.“

Diese Sätze zeigen unwiderleglich die Nichtigkeit unserer Ausführungen in Nr. 37 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Die Heimarbeiter müssen weiter verdammt werden, zu Hungerlöhnen in längerer Tages- oder Nacharbeit recht viel Waren herzustellen, Frauen und Kinder müssen weiter im Dienst des Kapitals frönen. Für sie darf keine Erlösung winken. Die Abschläge des Achtstundentages, das Recht der Mitbestimmung über den Arbeitsvertrag, über die Höhe des Arbeitslohns und all die sonstigen Erwerbsschancen der Revolution, sie gelten für alle anderen, nur nicht für die Heimarbeiter. Warum? Weil dann die Industrie zugrunde gerichtet wird. Zum Teufel mit einer Industrie, die sich nur erhalten kann, weil die darin Beschäftigten mit Hungerlöhnen sich abpressen lassen!

Nein, so liegt die Sache nicht. Die Korbindustrie kann sehr gut und gerade erst recht bestehen durch die Einführung des Reichstarifs und seine Ausdehnung auf die Hausindustrie, weil dadurch geregelte einheitliche Arbeitsverhältnisse für das ganze Gewerbe geschaffen werden, die die frühere, von allen Interessenten hundertmal verwünschte Preisschleuderei und Schmutzkonkurrenz endlich unmöglich machen würde. Die Korbindustrie läßt auch bei den im Tarif festgelegten Löhnen auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, da auch im Ausland die Löhne aller Industrien in gleicher Weise gestiegen sind. Die Leipziger Messe hat der Korbindustrie, wie einwandfrei feststeht, ganz bedeutende Aufträge gebracht, zu Preisen, bei denen die Tariflöhne sehr gut vertragen würden.

Es ist Tatsache und mag bei dieser Gelegenheit ausgesprochen werden, ein sehr großer Teil unserer Korbunternehmer vertritt noch heute die rückständigsten Ansichten, wenn es sich um Arbeiterfragen handelt. Diese Anschauung bestärkt auch der Schreiber der „Deutschen Korbmacher-Zeitung“ durch folgenden Berzenserguß: „Der Tarifvertrag ist eine Art Zwangswirtschaft, die wir gerade jetzt im deutschen Vaterland am allerwenigsten gebrauchen können. Gerade in der Korbmacherei würde es sich zeigen, daß das Putschregiment (die Arbeit zu Hause, außerhalb der achtstündigen Arbeitszeit) sehr bald in hohe Blüte kommen würde. Was man heute bereits bei den Bergarbeitern im westfälischen Revier findet, daß die Leute, da sie in ihrem Betrieb wenig zu tun haben, ihre freie Zeit benutzen, um noch anderwärts Geld zu verdienen, würde im Korbmachereibetriebe zweifellos den Höhepunkt erreichen. Nirgends ist es leichter als hier, in der endlos langen freien Zeit (1), die die achtstündige Arbeitswoche den Arbeitern läßt, besonders an den langen Winterabenden zu Hause sich etwas vorzunehmen, allerlei brauchbare Waren herzustellen, die dann hinterherum abgesetzt werden müssen.“

Ja, ja, es ist zum Tollwerden mit unseren jetzigen Gesetzmachern, daß sie die achtstündige Arbeitszeit bestimmen. Früher konnten doch die Unternehmer die 60-, 70-, 80stündige Arbeitswoche diktiert, und wem das zuviel war, der wurde auf die Straße gesetzt. Da haben die Unternehmer für Ordnung gesorgt. Da war Deutschland in höchster Mitleid, und es lebte sich sehr gut als — Unternehmer. Der Artikelschreiber läßt aber nicht nur einen erstaunlichen Mangel an sozialem Verständnis erkennen, er zeigt sich auch noch bei der Auslegung des Tarifs mit der Wahrheit in direktem Widerspruch. Er erklärt nämlich, daß bei ihm an der Weidenhobelmaschine Mädchen, die eben aus der Schule entlassen sind, beschäftigt sind, die nach dem Tarif 1,20 bis 1,75 Mk. pro Stunde erhalten müßten, was in gar keinem Verhältnis zu ihren Leistungen stehe. In Wirklichkeit betragen diese Sätze 0,90 bis 1,45 Mk., je nach der Tarifklasse.

Der schreibsüchtige Herr nennt unsere Tarifanforderungen zum Schluß „vollkommen überkommene Forderungen, woran allen alle Verhandlungen scheitern müssen, denn kein Unternehmer vermag derartige Löhne für die Betriebe zu zahlen.“

Nun rufen die deutschen Korbmacher, wie es um die Ausichten des Reichstarifs bestellt ist, nun wie schon anfangs gesagt, soll diese Meinung die Ansicht der Wahrheit der Korbunternehmer sein. Am 22. Januar d. J. wird der Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes nach Ebersbach zur unternehmerverammlung gebeten, um den dort versammelten Herren die

Grundsorderungen eines Reichstarifs darzulegen. Die Unternehmer erklären ihre Bereitwilligkeit, auf dieser Basis mit dem Holzarbeiter-Verband einen Vertrag abzuschließen, wählen neun Vertreter ins Tarifamt und — lehnen dann den Tarif ab. Den Tarif, der nach umfangreichen, schwierigen Berechnungen und gründlichem Bearbeiten der erforderlichen Unterlagen, deren Beschaffung ausschließlich in den Händen des Holzarbeiter-Verbandes lag, in zweitägiger Verhandlung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitervertretern endlich zustande gekommen war, und sie motivieren das damit, daß der Vertrag „vollständig überspannte Forderungen enthalte“.

Um sich diesen widerspruchsvollen Standpunkt des Verbandes der Korbhersteller erklären zu können, gibt es nur zwei Möglichkeiten. Entweder der Unternehmerverband war, als er den Beschluß faßte, mit dem Arbeiterverband einen Arbeitsvertrag abzuschließen, der Ueberzeugung, daß die Korbarbeiter sich, wie vor dem Krieg, mit geringwertigster Entlohnung abspießen lassen und bereit sind, auf jede Erwerbsschance der neuen Zeit zu verzichten, oder es sind im Unternehmerverband Kräfte nachgeworden, die ihre wirtschaftliche Uebermacht benutzen, um die Anhänger der Tarifvereinbarung in ihren Bestrebungen kaltzustellen und so den Abschluß des Vertrages um ihres persönlichen Vorteils willen und unter Beiseitestellung der Interessen der Gesamtindustrie verhinderten.

In den Korbarbeitern ist es nun, allerorts den jetzigen Verhältnissen entsprechend ihre Lohnforderungen durchzusetzen, damit sie mit den übrigen Industriearbeitern gleichen Schritt halten. Den Korbunternehmern soll es aber bei jeder Lohnbewegung gesagt werden, daß sie es waren, die durch Ablehnung des Reichstarifs die Unruhe in unser Gewerbe getragen haben.

Soziales.

Der Einfluß des Krieges auf den Bevölkerungsstand.

Die Tatsache, daß während des Krieges die Zahl der Eheschließungen und der Geburten zurückging, während gleichzeitig die Sterbefälle eine Steigerung erfuhren, ist bekannt und ebenso die Tatsache, daß diese beiden Momente, die den Bevölkerungsstand ungünstig beeinflussen, sich in ungeheurer starkem Maße bemerklich machten. Nun werden allmählich die Zahlen bekannt, die diese Kriegsfolgen deutlich veranschaulichen. Die „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht einige Daten, die sich auf Preußen beziehen. Wir geben daraus die folgende Uebersicht wieder:

Jahr	Lebendgeborene	Eheschließungen	Gestorbene	Auf 1000 Lebendgeborene entfallende Eheschließungen	Auf 1000 Lebendgeborene entfallende Gestorbene
1913	1.173.416	323.709	620.455	28,17	7,77
1914	1.166.580	286.197	766.828	27,63	6,78
1915	890.714	177.566	902.025	21,10	4,21
1916	676.028	176.872	787.669	16,01	4,19
1917	604.534	198.573	848.479	14,25	4,68
1918	609.777	229.857	990.167	14,37	5,42

Diese Zahlenreihe zeigt den starken Rückgang der Zahl der Eheschließungen und der Geburten. Bei den Eheschließungen war jedoch der Tiefstand bereits im Jahre 1916 erreicht, das Jahr 1917 brachte wieder eine Steigerung, die im Jahre 1918 Fortschritte machte. Bemerkenswert ist, daß die Kurve der Mitgliederentwicklung in den Gewerkschaften in ähnlicher Weise verläuft. Ob das damit zusammenhängt, daß ab 1917 Arbeiter in größerer Zahl aus dem Wehrdienst beurlaubt wurden, um sich in der Kriegswirtschaft zu betätigen, oder ob da noch andere Momente mitspielen, die diese auffällige Uebereinstimmung hervorgerufen haben, bedarf noch der Untersuchung. Die Zunahme der Eheschließungen im Jahre 1917 hatte die natürliche Folge, daß die Zahl der Lebendgeborenen im Jahre 1918 gleichfalls angewachsen ist, allerdings bei weitem nicht in dem Maße, als aus der Steigerung der Zahl der Eheschließungen geschlossen werden dürfte. Die Verhältniszahlen der Eheschließungen und der Lebendgeburten machen die Kriegswirkungen noch deutlicher. Man kann aus ihnen auch auf eine verminderte Fruchtbarkeit schließen, denn die Zahl der Geburten weist einen weit stärkeren Rückgang auf als die der Eheschließungen.

Eigenartig ist der Verlauf der Kurve der Todesfälle. Hier sind natürlich die Kriegstodesfälle mitgezählt. Das Jahr 1915 brachte den Hochstand. Im Jahre 1916 trat ein starker Rückgang ein, der im Jahre 1917 wieder einer Steigerung Platz machte, die aber noch beträchtlich hinter der Todesernte des Jahres 1915 zurückbleibt. Diese Schwankungen stehen offenbar in enger Beziehung zu den Kriegshandlungen. Auffällig ist die sprunghafte Steigerung der Todesfälle im Jahre 1918, deren Zahl die Rekordziffer des Jahres 1915 weit übertrifft. Das ist um so auffälliger, als die letzten Monate des Jahres 1918 nicht mehr in die Kriegszeit fallen. Hier hat die Grippe ihr Werk getan, und ihre Wirkung wurde verschärft durch die Folgen der fortschreitenden Unterernährung.

Interessant ist die Altersgliederung der Gestorbenen, die sich aus der folgenden Zusammenstellung ergibt:

Jahr	Alter der Gestorbenen				
	0-5 Jahre	über 5-15 Jahre	über 15-30 Jahre	über 30-60 Jahre	über 60 Jahre
1913	229.139	23.842	44.484	124.671	198.083
1914	245.524	25.730	127.946	155.918	211.442
1915	217.911	33.921	236.383	197.055	216.301
1916	158.762	31.856	178.967	187.064	230.792
1917	147.955	27.283	176.939	210.836	275.155
1918	157.774	50.391	250.466	252.331	264.844

Das starke Anwachsen der Sterbefälle in den Altersklassen von 15 bis 60 Jahren und besonders in der jüngeren Gruppe von 15 bis 30 Jahren ist natürlich eine Folge der unmittelbaren Kriegereignisse. Daß aber auch die mittelbaren Kriegsfolgen, der Hunger und das Elend in der Heimat unter den Lebenden gründlich aufgeräumt haben, geht aus der Steigerung der Sterblichkeitsziffer in den anderen Altersklassen hervor. Der Rückgang der Zahl der Gestorbenen im Alter bis zu 5 Jahren hängt natürlich mit der Verminderung der Zahl der Geburten zusammen. Uebrigens ist die Säuglingssterblichkeit während des Krieges tatsächlich zurückgegangen. Das ergibt sich aus den nachstehend wiedergegebenen Verhältniszahlen:

Jahr	Auf 1000 Lebendgeborenen starben Säuglinge	Auf 100 Lebende in derselben Altersklasse entfallende Gestorbene	
		über 0-10 Jahre	über 10 Jahre
1913	140,98	9,39	62,92
1914	164,07	11,55	66,27
1915	186,34	14,60	67,79
1916	145,76	13,85	72,34
1917	152,80	14,55	83,27
1918	148,26	17,54	80,15

In der Gruppe der über 60 Jahre alten kommen die unmittelbaren Kriegswirkungen nicht in Betracht. Die Zunahme der Sterblichkeit ist also ausschließlich auf die Wirkung des Hungers und seiner Begleiterscheinungen zurückzuführen. Um so auffälliger ist der im Verhältnis zur Lebenszeit niedrige Stand der Säuglingssterblichkeit. Das ist eine indirekte, aber erfreuliche Wirkung der Lebensmittelnot. Mit dem Wachsen der Ernährungsschwierigkeiten hat sich die Aufmerksamkeit weiterer Kreise in steigendem Maße der Säuglingsfürsorge zugewendet. Insbesondere wurde die Säuglingsmilch auch in den Großstädten sichergestellt. Dadurch ist es gelungen, viele Säuglinge am Leben zu erhalten, die ohne die Nationierung dem Tode verfallen gewesen wäre. — Im ganzen entrollt diese Statistik ein sehr trübes Bild, und es sieht zu befürchten, daß sich die verheerenden Wirkungen des Krieges noch auf lange Zeit hinaus bemerkbar machen werden.

Zulagen zu den Invaliden- und Altersrenten.

Durch eine Bundesratsverordnung vom 3. Januar 1918 ist den Empfängern von Invalidentrente eine Zulage von monatlich 8 Mk. und den Empfängern von Witwen- oder Witwerrente eine solche von 4 Mk. monatlich zugewilligt worden, und zwar für die Zeit vom 1. Februar bis Ende 1918. Durch eine Verordnung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 wurde die Wirksamkeit der Bekanntmachung auf das Jahr 1919 erstreckt, und eine weitere Verordnung vom 14. Dezember 1918 billigte auch den Bezählern von Altersrente die monatliche Zulage von 8 Mk. für das Jahr 1919 zu.

Nunmehr ist eine neue, vom 21. August 1919 datierte Verordnung über diesen Gegenstand erschienen, durch welche die Zulage erhöht wird, und zwar mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 31. Dezember 1920. Hiernach erhalten die Empfänger einer Invaliden- oder Altersrente auf Grund der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung eine monatliche Zulage von zwanzig Mark, während die Zulage für die Empfänger einer Witwen- oder Witwerrente zehn Mark beträgt. Im Hinblick auf die Höhe der gesetzlichen Renten sind ja diese Zulagen recht beträchtlich, aber bei dem gekunkenen Geldwert fallen sie doch recht wenig ins Gewicht. Sie bringen nur die Notlage in Erinnerung, in der sich die Armen befinden, die auf die sogenannten Renten aus der Arbeiterversicherung angewiesen sind. Es täte not, diese Gesetze zu revidieren und sie mit den veränderten Lebensverhältnissen in Einklang zu bringen. Auch auf die Gefahr hin, daß die Beiträge eine Steigerung erfahren, müssen die Rentenätze erhöht werden.

Gegen Wucher und Schleichhandel.

Zu den bisher getroffenen Maßnahmen zur Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels und ähnlicher Kriegswirtschaftlicher Zuwiderhandlungen hat der Preussische Staatskommissar für Volksernährung die Errichtung besonderer Wucherdezernate in allen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sowie in größeren Industriestädten veranlaßt. Der Reichsernährungsminister hat den Regierungen der deutschen Freistaaten empfohlen, in gleicher oder entsprechender Weise vorzugehen. Diese Wucherdezernate sollen in enge Verbindung mit den Arbeiter- und Verbraucherverbänden gebracht werden, damit sie bei der Bekämpfung des Schleichhandels und Kriegswuchers mitwirken. Von dieser Anregung ist unter anderem auch dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, als der Zentrale der Gewerkschaften, Mitteilung gemacht worden. In diesem Zusammenhang ist wohl auch die Mitteilung im „Vorwärts“ zu bewerten, die von einem Eintritt von Gewerkschaftlern in das Landespolizeiamt berichtet, die auf eine Anregung des Reichsministers Robert Schmidt zurückzuführen ist. Diese neuen Kräfte des Landespolizeiamts werden zu Hilfspolizeibeamten ausgebildet. Ihre Tätigkeit wird sich in der Hauptsache auf Revisionen und Beschlagnahmen erstrecken. Es ist in Aussicht genommen, die Zahl dieser Hilfskräfte auch noch weiter beträchtlich zu vermehren.

Wie notwendig ein scharfes Zugreifen gegen den Schleichhandel ist, beweisen die täglichen Nachrichten der Presse; so sind im März von dem Landespolizeiamt Berlin allein Waren im Wert von 2 750 000 Mk. beschlagnahmt worden, die im Schleich- und Kettenhandel vertrieben wurden. Davon Fleischwaren 175 000 Mk., Käse 197 000 Mk., Wein- und Bierwaren über 1 Million Mark, Tabakwaren 1/2 Million Mark. Im April wurden Waren im Gesamtwert von über 1 Million Mark beschlagnahmt, davon Lebensmittel 200 000 Mk., Wein 75 000 Mk., Tabakwaren 400 000 Mk. Außerdem wurden im Monat April allein gefälschte Bezugscheine, auf die Waren im Wert von 16 Millionen Mark bezogen und der Allgemeinheit zu Wucherpreisen zugeführt werden sollten, ermittelt und beschlagnahmt. Diese Fälschungen sind meist mit großem Geschick ausgeführt.

Ein Arbeiterferiengesetz.

Deutschösterreich hat jetzt als erster Staat die gesetzliche Regelung der Frage der Arbeiterferien durchgeführt. Das am 30. Juli von der Oesterreichischen Nationalversammlung verabschiedete Gesetz ist bereits am 21. August in Wirksamkeit getreten, so daß die Betroffenen noch in diesem Jahr in den Genuss der Ferien treten können. Das Gesetz erstreckt sich in der Hauptsache auf alle Arbeitnehmer gewerblicher, kaufmännischer (mit Ausnahme bestimmter Angestellten, für die ansehnend bereits eine weitergehende Regelung besteht), staatlicher und kommunaler Betriebe, einschließlich der Lehrlinge. Nicht erwerbstätig sind die Arbeiter der Landwirtschaft und die Heimarbeiter, doch ist die Möglichkeit gegeben, auf dem Verordnungswege auch Arbeiter anderer Betriebe einzubeziehen, also das Geltungsbereich des Gesetzes zu erweitern.

Das Gesetz gibt den Betroffenen einen nicht abdingbaren Anspruch auf Urlaub mit Fortzahlung des normalen Durchschnittsverdienstes der letzten zwölf Wochen vor

einer Woche nach einjähriger und zwei Wochen nach fünfjähriger ununterbrochener Beschäftigung im Betrieb. Arbeitern unter 18 Jahren stehen zwei Wochen schon nach einjähriger Beschäftigung zu.

Der Gesetz, daß ein Arbeitgeber den Urlaub dadurch einzulösen sucht, daß er den Arbeiter kurz vor Vollendung eines Dienstjahres entläßt, ist durch die Bestimmung bezweckt, daß im Fall der Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber der Anspruch auf die Urlaubsgeldbeiträge schon nach Ablauf von zehn Monaten des betreffenden Dienstjahres wirksam wird.

Die durch den Urlaub ausfallende Arbeitsleistung muß in bestimmten Fällen durch die im Betrieb bleibenden Arbeiter wiedergebracht werden, wenn nämlich durch den Urlaub „Störungen des Betriebes“ oder ein „erheblicher Produktionsausfall“ eintreten. Zu diesem Zweck kann die Arbeitszeit der übrigen Arbeiter an je 14 Tagen im Jahr um höchstens zwei Stunden verlängert werden.

In Betrieben bis zu 5 Arbeitern kann der Urlaub in zwei Teilen gegeben werden, in größeren Betrieben nur, wenn dies durch kollektiven Arbeitsvertrag vereinbart ist oder wenn von der Regierung nach Anhörung der Berufsorganisationen Ausnahmen zugelassen sind.

Das industriell wenig entwickelte Deutschösterreich hat derzeit einen wichtigen Schritt auf dem Wege sozialer Fürsorge unternommen, von dem man nur wünschen kann, daß ihm bald ähnliche Maßnahmen in den maßgebenden Wirtschaftsländern folgen. Auch in Deutschland wird die gesetzliche Regelung dieser Frage bald in Angriff genommen werden müssen.

Zur Stempelsteuerpflicht der Arbeitsverträge.

Seit langem wird darüber Klage geführt, daß Arbeitsverträge einer Stempelsteuer unterworfen werden. Nach dem jetzt geltenden Stempelsteuergesetz vom 20. Juli 1909 sind Arbeitsverträge, durch die ein Jahreslohn von nicht als 1500 Mk. festgesetzt wird, stempelgebührenpflichtig.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hatte schon wiederholt, so auch im Juni d. J., das Finanzministerium ersucht, diese Steuerpflicht zu beseitigen. Am 25. August d. J. hat nunmehr der Finanzminister dem Bundesrat folgenden Bescheid zugesandt:

Auf des an den Herrn Reichsfinanzminister gerichtete, zur aufständigen Erledigung an mich angegebene Schreiben vom 21. Juni d. J.

Das Gewicht der dortigen Ausführungen, die sich im Hinblick auf die eingebrachten Änderungen auf dem Geld- und Wirtschaftsmarkt für eine weitgehende Befreiung der Arbeitsverträge von preussischen Landesstempel auswirken, verleiht sich nicht. Bei der in naher Zeit bevorstehenden Änderung der preussischen Stempelgesetzgebung wird deshalb erwogen werden, in welchem Umfang dem dortigen Antrag entsprochen werden kann.

Verbandsnachrichten.

Zeitsammlungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitsammlungen ist der 40. Wochenbeitrag für das Jahr 1919 fällig geworden.

Mit dem 1. Oktober erfolgt der Austritt des Reichsverbandes der Bildhauer an den Deutschen Handwerker-Verband. Die Mitglieder des Bildhauer-Verbandes sind von ihrem Vorstand ersucht worden, sich zum Zweck des Beitritts zum Reichsverband an unsere Ortsvereine zu wenden.

Nachdem unsere Bemühungen um Zusammenführung größerer Papierzeitschriften mit der Sozialarbeiter-Zeitung zum Erfolg geführt haben, ist in Aussicht genommen, das Besondere daran wieder zusammenzufügen im Umfang von acht Seiten.

Das monatliche Organ der Holzarbeiter-Frauenvereine, das bisher unter dem Namen „Frauenvereine“ als Beilage der Sozialarbeiter-Zeitung erschien, ist in der ersten Nummer des Monats in dem erweiterten Umfang mit eigenem Inhalt erschienen.

Mit dem Austritt der Arbeiter am 1. Oktober wird der Verlag P. Junfermann, Mehrzahlhaber der Arbeiter-Zeitung, in die Redaktion der Sozialarbeiter-Zeitung einbezogen.

Berlin SO. 10, im Köpenicker Park 2. Der Verbandsverwand.

Generalversammlungen der Stadt-, Kreis- und Kreisverbände.

Am 1. September 1919 ist die Generalversammlung der Arbeitervereine im Reichsverband der Arbeitervereine in Berlin abgehalten worden.

treten, damit Ihr erfährt, wie es mit Euren beruflichen Interessen in den anderen Orten des Reiches aussieht.

Alle Vertrauensleute der drei Branchen werden ersucht, einen ausführlichen Situationsbericht an die Zentralkommission einzuschicken.

Die Ortsverwaltungen sowie die Gauvorsteher werden gebeten, die Kollegen auf diesen Aufruf aufmerksam zu machen.

Korrespondenzen.

Berlin. In der Generalversammlung am 4. September berichtete Siegie über den Reichstaxif, der von der Städtekonferenz gegen 7 Stimmen angenommen wurde.

Der Antrag der Verwaltung wurde mit großer Mehrheit angenommen. Regelmäßig stimmten die Delegierten den Änderungsanträgen der Verwaltung für das Reglement für die Verwaltungsstelle Berlin zu, wonach u. a. die Pensionszeit neu geregelt wird.

Unsere Lohnbewegung.

Die Vertragsverhandlungen mit dem Rheinisch-Westfälischen Metallarbeiterverband.

über deren Fortschritt wir in Nr. 35 berichteten, bezogen sich nur auf das eigene Industriegebiet. Für andere Gebiete wurde mit Beginn der Verhandlung des Preussischen Metallarbeiter-Berandes weiterverhandelt.

In Andernach hat die Lohnbewegung unserer Kollegen mit einem am 12. September geführten Streik des Schlichtungsgerichts begonnen.

In Burg bei Magdeburg besetzt der Streik der Tischler und Tischlerinnen die Verhandlungen sind in Aussicht genommen.

In Dresden befindet sich die Karbmacher seit dem 1. August im Streik. Verhandlungen haben Verhandlungen stattgefunden, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

In Eimertich ist der Streik der Schreiner nach achtstägiger Dauer erfolgreich für unsere Kollegen beendet, nachdem am 20. September in einer Verhandlung mit den in der „Bauhütte“ vereinigten Unternehmern die Differenzpunkte behoben waren.

In Genthin, Bretzin und Altenplathow ist der Streik der Schiffbauarbeiter beendet. Der Schlichtungsausschuss in Burg hat entschieden, daß der Mindestlohn ab 17. September 1,90 Mk. beträgt.

In Gera hat, nachdem sich die Verhandlungen zerschlagen hatten, ein Teil der Kollegen am 6. September die Arbeit eingestellt.

In Gießen boten die Tischlermeister unsern Kollegen statt der geforderten Lohnerhöhung eine Herabsetzung der Löhne. Als dann in einem Brief die Arbeit eingestellt wurde, schritten die Unternehmern zur Aussperrung.

In Halle nimmt der Streik der Tischler größeren Umfang an. Die Unternehmern hatten beschlossen, am 22. September eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen.

In Halberstadt haben die Kollegen in der Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen von Pehne am 20. September die Arbeit eingestellt.

In Halle nimmt der Streik der Tischler größeren Umfang an. Die Unternehmern hatten beschlossen, am 22. September eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen.

In Krefeld ist der Streik nach 10tägiger Dauer beendet; die Arbeit wurde am 19. September wieder aufgenommen.

In Krefeld ist der Streik nach 10tägiger Dauer beendet; die Arbeit wurde am 19. September wieder aufgenommen.

In Liebenwerda wurde eine vorläufige Lohnvereinbarung getroffen, die eine Beendigung des Streiks ermöglichte.

In Marlow in Mecklenburg weigern sich die Sägerei-Belegschaften den Landesvertrag anzuerkennen.

In Nordhausen haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, nachdem die Unternehmern alle Verhandlungen abgelehnt hatten.

In Osnabrück haben die Kollegen die Arbeit eingestellt, nachdem die Unternehmern alle Verhandlungen abgelehnt hatten.

In Pflaum haben die Schreiner die Arbeit eingestellt. Die Unternehmern waren zu Verhandlungen eingeladen, aber nicht erschienen.

In Quakenbrunn haben die Bäcker in m. a. H. Forderungen auf der Grundlage des Entwurfs zum Reichstaxif gestellt.

In Regensburg haben die Kollegen den Reichstaxif bewilligt, darauf wurde die Arbeit am 11. September wieder aufgenommen.

In Usterlitz bei Gera haben die Sägereiarbeiter der Firma Boswar u. Kauer nach ergebnislosen Verhandlungen am 22. September die Arbeit eingestellt.

In Wetzlar haben die Kollegen in den Möbelfabriken von Feist und von Schindler u. Co. wegen Lohnabstufungen die Arbeit eingestellt.

Aus der Holzindustrie.

Das Jahrbuch unseres Verbandes.

Das Jahrbuch 1918 des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ist erschienen. Die Herausgabe erfolgt etwa um die gleiche Zeit wie im Vorjahr; es ist beabsichtigt, daß sich die spätere Herausgabe nicht erwidern ließe. Das Jahrbuch bringt eine vollständige Uebersicht über die Entwicklung und den Stand des Verbandes und über alle wichtigen Vorgänge in der Verichtszeit; das spätere Erscheinen vermindert aber notwendig das Interesse, das dieser Arbeit entgegengebracht wird. Die Hauptsache an dem späten Erscheinen des Jahrbuches trägt neben der Fülle der laufenden Arbeit, die gerade in diesem Jahre zu bewältigen war, die unvollkommene Ausstattung des Verbandsbureaus mit Arbeitskräften. Da machen sich Krankheitsfälle bei einzelnen Vorstandsmitgliedern, von denen wir in diesem Jahr stark heimgegriffen wurden, ganz besonders empfindlich bemerklich. Die Bewältigung des Andranges an laufenden Arbeiten nimmt die Arbeitskraft der verantwortlichen Kollegen vermehren in Anspruch, daß die erledigung minder dringender Aufgaben notwendig zurückgestellt werden muß. Zurzeit ist der Verbandsvorstand dabei, durch Einstellung weiterer Arbeitskräfte und Umgestaltung des Geschäftsbetriebs im Verbandsbureau eine Erleichterung zu schaffen, die es voraussichtlich ermöglichen wird, daß das Jahrbuch und ähnliche Publikationen künftig zeitlicher erscheinen.

Das neue Jahrbuch unterscheidet sich in Anlage und Umfang nicht wesentlich von seinen Vorgängern. Nach einer allgemeinen Uebersicht, in welcher auch die Geschäftslage im Gewerbe auf Grund statistischer Unterlagen erörtert wird, folgt eine Darstellung der Entwicklung der Tarifgemeinschaft im Holzgewerbe. Die Verhandlungen, die zur Errichtung des Tarifrats führten, werden geschildert. Dessen Sitzungen und die der später gegründeten Arbeitskommission werden im Wortlaut wiedergegeben. In gewohnter Weise wird die Lohnbewegung des verfloffenen Jahres dargestellt und durch ausführliche Statistiken illustriert. Selbstverständlich werden auch die größeren Bewegungen in den einzelnen Branchen und die für sie abgeschlossenen Lohnverträge behandelt. Eine umfangreiche Tabelle gibt eine Uebersicht über die am Jahresabschluss geltenden Tarifverträge. In ausführlicher Weise wird über das Verhalten des Tarifrats berichtet, und der Arbeitslosenstatistik wird wiederum sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet.

Die Unfallstatistik wird von den Ortsverwaltungen immer noch als Stiefkind behandelt. Ingesamt wurden im Jahre 1918 260 Unfälle gemeldet. Aus einer Zusammenstellung geht hervor, daß in den für die Holzindustrie in Betracht kommenden Berufsgenossenschaften im Jahre 1917 20 274 Unfälle gemeldet wurden; im Jahre 1918 waren es sicher noch mehr; da ist doch die Zahl von 260 Unfällen, die dem Bestand angezeigt wurden, verhältnismäßig gering. Auf die statistische Verarbeitung der Unfälle ist wieder viel Fleiß verwendet worden, aber diese Arbeit ist im Grunde zwecklos. Will man aus einer statistischen Untersuchung Schlüsse ziehen, dann muß ihr ein reiches Tatsachenmaterial zugrunde liegen. Je kleiner die Zahl von Unfallmeldungen, desto größer die Wahrscheinlichkeit, daß die Ergebnisse der Statistik vom Zufall beeinflusst sind. Es sollte ernsthaft erwogen werden, von einer Weiterführung der Unfallstatistik solange Abstand zu nehmen, bis Meldungen in ausreichender Menge eingehen.

Der Gesamtbericht des Vorstandes wird ergänzt durch die Berichte der Ortsverbände über die bemerkenswerten Vorgänge in den einzelnen Gauen. Die knappen Berichte der Zentral-Kommissionen, von denen auch ein Teil völlig fehlt, deuten darauf hin, daß die Tätigkeit der meisten dieser Körperlichkeiten während des Krieges sehr beeinträchtigt war. Neuerdings hat die Vermehrung der Zentral-Kommissionen eine stärkere Besetzung erfahren. Die Verhandlungslage kommt wieder stärker in Erscheinung, so daß für das nächste Jahrbuch eine ausführlichere Berichterstattung erwartet werden darf. Der Beschluß des Jahrbuchsausschusses wird der Wortlaut der im Jahre 1918 abgeschlossenen Tarifverträge. Es ist eine ganz stattliche Anzahl, die hier auf 45 Seiten verzeichnet ist.

Das Jahrbuch des Verbandes ist keine kurzweilige Zeitschrift, aber es enthält eine Fülle von Material, das jedem, der sich über das Wesen und die Tätigkeit des Verbandes informieren will, reiche Anregung bietet. Wer für den Verband werden will, und das sollten schließlich alle Mitglieder, wird sich auch mit dem Inhalt des Jahrbuches vertraut machen müssen.

Ein Protest gegen den Reichstarif.

Der Verband Deutscher Kistenfabrikanten, C. R., der unter der Leitung des Herrn Hans Gündel in Großhthausen steht, hat bei unserem Verbandsvorstand eine geharnischte Beschwerde dagegen eingelegt, daß der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe bei den Verhandlungen über den Reichstarif auf die Kistenindustrie in den Geltungsbereich einbezogen sei. In dem Schreiben heißt es:

Wir protestieren hiermit dagegen und berichten ergebenst, daß wir entsprechenden Protest auch an das Tarifamt des Reichsarbeitsministeriums gelangen ließen. Der Arbeitgeber-Schutzverband ist keinesfalls berechtigt, über unsere Kopf hinweg für uns zu verfügen. Er hat von uns dazu keine Mandat, und wir bitten, sich in einschlägigen Fragen gegen an uns zu wenden, da die Kistenindustrie naturgemäß eine Sonderstellung einnehmen muß. Sie wollen, bitte, Ihre Sekretariate im Reich entsprechend unterrichten, um Vermeidung in dieser Hinsicht zu vermeiden.

Der Kistenfabrikantenverband war uns bisher unbekannt, der angelegte Protest ist die erste Lebensberührung, die zu unserem Kenntnis gekommen ist. Wir könnten darauf verzichten, dieser Kundgebung eine größere Bedeutung beizumessen, doch sieht es der Umstand, daß sich noch weitere Kistenfabrikantenverbände der Holzindustrie in ähnlicher Lage befinden dürften, angelegentlich, den Protest aus Großhthausen zum Anlaß für einige allgemeine Betrachtungen zu nehmen. Dabei kann die Tatsache, daß die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes den Reichstarif als einen bei dieser Angelegenheit noch nicht in Betracht zu ziehenden Vertrag, in welchem die Kistenindustrie eine Sonderstellung einnehmen soll, die Kistenindustrie für eine ganz neue Verhandlungssache angesehen werden sollte, von großer Wichtigkeit sein. Es ist hier wohl anzunehmen, daß es unter den Umständen der Zeit eine Indultsprache nicht gibt, die dem Arbeitgeber-Schutzverband nicht angeht, und darauf ist insoweit Rücksicht

genommen, als in dem § 1 gesagt wird, die Vertragsbestimmungen sollen für die in Betracht kommenden Betriebe gelten, sofern deren Verhältnisse nicht durch Sonderverträge mit den unterzeichneten Arbeitnehmerverbänden anders geregelt sind. Damit ist gesagt, daß die für einzelne Zweige der Holzindustrie abgeschlossenen Tarifverträge durch den Reichstarif nicht ohne weiteres aufgehoben sein sollen. Der Umstand jedoch, daß einzelne Unternehmer unorganisiert oder einer anderen Organisation angegeschlossen sind als dem Arbeitgeber-Schutzverband, kann von den Holzarbeitern nicht als Freibrief anerkannt werden, sich außerhalb der vertraglichen Regelung zu stellen.

Die Holzarbeiter sind von jeder Voreingenommenheit für den Arbeitgeber-Schutzverband völlig frei, und wenn eine solche irgendwo vorhanden gewesen wäre, dann hätte die Ablehnung des nach vieler Mühe und Arbeit zustande gekommenen Reichstarifs durch die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes solche Verhältnisse sehr gründlich geordnet. Der Umstand, daß wir schon lange mit dem Arbeitgeber-Schutzverband in einem Vertragsverhältnis standen, hat von selbst dazu geführt, daß die Verhandlungen über den Reichstarif in erster Linie mit dieser Organisation geführt wurden. Die Möglichkeit, sich an den Verhandlungen zu beteiligen, hat allen Unternehmerorganisationen des Holzgewerbes offenstanden. Wenn sie von dieser Freiheit keinen Gebrauch gemacht haben, dann müssen sie sich die Folgen ihres Verhaltens selbst zuschreiben.

Die Frage, was geschehen wäre, um dem Reichstarif die Anerkennung der Unternehmerorganisationen zu verschaffen, die an keinen Reichstarif nicht beteiligt waren, kann jetzt unerörtert bleiben, weil ein formeller Beschluß mit einer Organisation der Arbeitgeber überhaupt nicht vorliegt. Aber die Holzarbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß die Bestimmungen des Reichstarifs gelten und in allen Betrieben der Holzindustrie durchzuführen werden müssen. Die langen Verhandlungen mit den Unternehmern und die schließlich Zustimmung der bevollmächtigten Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes haben den Beweis erbracht, daß der Vertrag auch ohne Schädigung der Unternehmerinteressen durchgeführt werden kann.

Wo sich die Möglichkeit bietet, Abmachungen über die Durchführung des Vertrages mit einzelnen Unternehmerorganisationen zu treffen, wird unser Verband davon gern Gebrauch machen. Wir würden es auch begrüßen, wenn die Gesamtheit der Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes sich über die Durchführung des Reichstarifs verständigen würde. Aber das ist eine Angelegenheit, die wir den Herrschaften selbst überlassen müssen. Das Schreiben des Verbandes deutscher Kistenfabrikanten läßt darauf schließen, daß die in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen den Verhandlungen über den Reichstarif aufmerksam gefolgt sind. Mit dem Protest gegen den erfolgten Abschluß ist aber die Sache für sie nicht erledigt. Gerade mit den Kistenfabrikanten liegen die Dinge so, daß es in diesem Zweig des Holzgewerbes verschiedene Arbeitgeberorganisationen gibt, daß sie aber durchgängig die wiederholten Unterstellungen unseres Verbandes, die Arbeitsbedingungen vertraglich zu regeln, abgelehnt haben.

Jetzt besteht ein Tarifvertrag, und die deutschen Holzarbeiter werden in den nächsten Monaten in den Betrieben in Erfahrung zu versetzen. So gemüht, wie sich Herr Gündel in Großhthausen die Dinge vorstellt, geht die Geschichte nicht. Wenn er oder die Leiter anderer Organisationen glauben, es genüge, vom Deutschen Holzarbeiter-Verband zu verlangen, er möge seine Sekretariate im Reich anweisen, gewisse Unternehmerrgruppen in Ruhe zu lassen, um damit aus der Schußlinie zu geraten, dann befinden sie sich in einem starken Irrtum. Die Organe unseres Verbandes sind von unserer Verbandsleitung ganz anders instruiert. Und wenn es den Unternehmerorganisationen darum zu tun ist, Ruhe in den Betrieben ihrer Mitglieder zu erlangen, dann kann ihnen nur empfohlen werden, sich an unseren Verbandsvorstand zu wenden. Aber nicht mit Protesten, die sind zwecklos. Sondern mit Vorschlägen über die Durchführung des Reichstarifs, denn nur darum kann es sich jetzt für uns handeln.

Die Leimnot.

Der Industrie mangelt es an Leim, dadurch werden die Betriebe, die durch den Kohlenmangel und aus anderen Ursachen hervorgerufen wurden, empfindlich gestört. Leim ist für die Tischlerei ein unentbehrliches Material, dessen Fehlen das Weiterführen der Betriebe in Frage stellt. Das Holzgewerbe ist zurzeit im Gegensatz zu anderen Berufszweigen, gut beschäftigt; die Leimnot bringt die Gefahr in greifbare Nähe, daß die Arbeitslosigkeit sprunghaft ansteigt. Zufälliger sind in letzter Zeit infolge Leimmangels Betriebe nicht nur eingeschränkt, sondern auch ganz geschlossen worden. Die Koffschreie der Unternehmer, die darüber klagen, daß sie keinen Leim bekommen können, ist somit eine Angelegenheit, welche auch die Arbeiter der Holzindustrie auf das lebhafteste interessiert.

Zurzeit macht ein großer Aufschrei des Hamburger Obermeisters Hansen die Kunde durch die Geschäftsblätter der Tischlermeister. Namens des Vorstandes des Bundes der Bezugsgewerksvereinigungen, C. R., in Berlin wird darin verhandelt, die Gründe für die Leimnot darzulegen. Den dort mitgeteilten Tatsachen entnehmen wir, daß die deutsche Leimproduktion im Frieden den Inlandsbedarf um mehr als das Doppelte überstieg. Das hat sich während des Krieges gründlich geändert. Der Rückgang der Leimherzeugung wurde noch dadurch gefördert, daß in der Kriegswirtschaft viele Materialien, die sonst zur Leimherstellung dienen, anderen Zwecken dienstbar gemacht wurden. Sie wurden vornehmlich zu Lebens- und Genussmitteln zweifelhafter Art und insbesondere zu Futtermitteln verarbeitet. So kam es, daß, als am 1. August 1917 die öffentliche Verwaltung des Leims eingeführt wurde, die Leimherzeugung dem Kriegsausgleich für Ersatzfutter, Abstellung Leim unterstellt wurde. Die Leimfabriken und Leimbändler wurden organisatorisch erfasst, und die Leimverbraucher bildeten Bezugsvereinigungen. Diese vereinigten die zur Versorgung stehenden Leimengen nach einem bestimmten Schlüssel unter ihre Mitglieder. Es wurden Bezugscheine ausgegeben, die zum Kauf von Leim berechtigten. Andererseits wurden für die Fabriken und den Handel Höchstpreise festgesetzt.

Nach den Behauptungen des Aufschreies waren die Herstellung von Ersatzfuttermitteln aus Leim und die in eigenen Fabriken des Holzgewerbes erzeugten Futtermittel ein wichtiger

Factor. Der Leimfabrikation wurden Rohstoffe im Wert von vielen Millionen entzogen und zu Waren verarbeitet, die un- verwendbar blieben. Im Herbst 1918 wurde die Kraftstoff- erzeugung eingestellt, und die Leimfabriken erhielten etwas mehr Leimant. Zugleich stieg aber auch der Leimbedarf, weil viele Betriebe, die während des Krieges ruhiert hatten, wiederaufgenommen wurden. Als eine wichtige Ursache für die Steigerung der Leimnot wird in diesem Zusammenhang die Herstellung der Holzschraube der Fabriken durch den Kriegsausgleich bezeichnet. Der Verfasser bemüht sich, diese Maßregel als Grundverleht und als einen schlimmen Schaden für die Leimverbraucher darzustellen. Er spekuliert dabei mit starken Worten, die jedoch den Mangel einer sachlichen Beweisführung nicht erlösen können. Vom Standpunkt des Leimverbrauchers kann die Preisüberhebung kein Unrecht sein. Die staatlichen Behörden haben auch bei ihren Preisbestimmungen im allgemeinen eine so große Rücksicht auf den Profit des Unternehmers genommen, daß man ohne genaue Beweisführung nicht annehmen kann, daß sie den Leimfabriken gegenüber andere Grundfälle angewendet haben sollen. Der Erfolg war, wie der Verfasser des Aufschreies sagt: „Die Leimfabriken stellen sich wegen dieser Maßnahme“, und anschließend findet er das ganz in der Ordnung.

Dem Kriegsausgleich wird dann weiter nachgesagt, daß er die Verbraucherpreise nicht auch herabsetzte, sondern daß er die Differenz zwischen den alten und den neuen Erzeugerpreisen den eigenen Kassen zuführte und den Betrag, die Summe von 22 Millionen Mark wird genannt, dazu verwendete, die verfehlten Fabrikgründungen zu entlasten. Das ist ein Vorwurf, zu dem sich der Kriegsausgleich noch nicht äußern muß. Ihm wird weiter der Vorwurf gemacht, daß er zur Erhaltung des Leims, der in immer größeren Mengen in den Schießhand kam, nicht viel getan habe. Wir haben durchaus keine Veranlassung, uns etwa zum Verteidiger des Kriegsausgleichs aufzuwerfen, wollen aber doch darauf hinweisen, daß der im Schleichhandel beschaffte Leim doch auch aus den Leimfabriken stammt, die daran sicherlich Minderprofite gemacht haben. Wir vermessen in dem Aufschreie jedes Wort, das sich gegen dies äußert der Leimfabriken richtet.

Im Mai, so wird dann weiter erzählt, trat die Katastrophe ein. Der Bund der Bezugsvereinigungen hatte die ihm zugeteilte Leimmenge ausgegeben, aber noch waren Tausende von Betrieben nur zum Teil, andere und besonders ehemalige Kriegsteilnehmer noch gar nicht versorgt für diese allein waren mindestens 700 000 Kilo notwendig. In dieser Not hat der geschäftsführende Vorsitzende des Bundes, Herr Killehaus, die dem Gewerbe zugeteilte Leimmenge mit Bezugsheften von rund 320 000 Kilo überschritten. Damit waren die letzten Reserven aufgebraucht, und der Kriegsausgleich mußte mitteln, daß für den Juli kein Leim mehr vorhanden sei. Die Handlungsweise von Killehaus scheint ziemlich stark aufgewickelt zu haben. Die Vertreter der 25 Bezugsvereinigungen haben sich dann zusammengesetzt, um Leim zu beschaffen. Der Verteilungsbedarf wird mit 500 Wagen zu 10 000 Kilo angegeben. Es ist gelungen, 820 Wagen, allerdings zu dreifachem Preise des Inlandsleims, im Ausland zu kaufen. Verhandlungen mit den Leimfabriken haben ergeben, daß diese bei Gewährung angemessener Preise Inlandsleim liefern werden, den notwendigsten Bedarf zu decken. Außerdem besteht, wie mitgeteilt wird, der Plan, den Kriegsausgleich aus der Leimbewirtschaftung auszuschalten und dessen Aufgaben den Bezugsvereinigungen zur Selbstverwaltung zu übertragen. Das Reichswirtschaftsministerium sei mit diesem Plan grundsätzlich einverstanden.

Augenblicklich besteht noch die empfindliche Leimnot, und wir können nur wünschen, daß es bald gelingt, Abhilfe zu schaffen. Auf dem Wege der völligen Freigabe des Handels, wie er von manchen verärgerten Interessenten verlangt wird, ist das allerdings nicht zu erreichen. Die Freigabe des Handels und der Einfuhr würde lediglich zur Folge haben, daß die Preise gewaltig in die Höhe schnellen. Gegen die Ausschaltung des Kriegsausgleichs und die Uebernahme der Bewirtschaftung des Leims durch die in den Bezugsvereinigungen organisierten Verbraucher ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Nur die in der Kundgebung des Vorstandes zutage tretende Sorge für den Profit der Leimfabriken stimmt bedenklich. Eine Klärung dieses Punktes scheint uns so notwendiger, als man eigentlich annehmen sollte, daß die Verbraucher kein Interesse an hohen Leimpreisen hätten.

Gewerkschaftliches.

Ein Reichstarif in der Lederwarenindustrie.

In der Lederwarenindustrie macht der Abschluß eines Reichstarifs ähnliche Schwierigkeiten wie im Holzgewerbe. Wiederholt sind die Verhandlungen resultatlos abgebrochen worden. Inzwischen wurden örtliche Verhandlungen geschlossen und Vereinbarungen getroffen. Im August traten nun wieder die Vertreter der Organisationen zusammen, um die zentralen Verhandlungen aufzunehmen. Hier wurde die 48stündige Arbeitszeit beschlossen, doch soll in den Orten, in denen in letzter Zeit eine kürzere Arbeitszeit vereinbart wurde, diese bestehen bleiben. In der Lohnfrage wurde eine Regelung in der Weise getroffen, daß Grundlöhne für die verschiedenen Arbeiterkategorien festgesetzt wurden. Der Grundlohn für gewerbliche Arbeiter beträgt 1,00 M. pro Stunde. Auf diesen Grundlohn werden Orts- und Leistungszulagen schätzungsweise 25 Prozent Zulage zuzüglich. Im übrigen sind die Löhne in fünf Klassen eingeteilt, die auf die erste Klasse entfallen 15 Prozent Ortszulage und 15 Prozent Leistungszulage, auf die zweite 10 und 15, auf die dritte 5 und 7,5 und auf die vierte nur eine Leistungszulage von 5 Prozent. Bezüglich der stark unrichtigen Höhe der Regelung der Leimarbeit konnte eine Verständigung noch nicht erzielt werden. Fürüber soll der Reichsarbeitsminister eine Entscheidung fällen, die dann in den Vertrag aufgenommen wird. Wenn die Parteien zustimmen, tritt der Vertrag am 1. Oktober in Kraft, und er soll drei Jahre gelten. Die Grundlöhne sollen am 1. Juli 1920, die Ortszulagen schon am 1. April 1920 einer Revision unterzogen werden können.

Der Zentralverband der Angehörigen.

In der Organisation der landwirtschaftlichen Angehörigen hat sich eine neue Entwicklung herausgebildet. Es gibt eine ganze Anzahl von Organisationen der Landwirtschafter, die aber

größtenteils als gewerkschaftliche Organisationen nicht angesprochen werden können. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der von jeder der Generalkommissionen angeschlossen war, hat sich vor dem Krieg nur schwer entwickeln können. Nach dem Ausbruch der Revolution hat er aber, wie alle Gewerkschaften, einen starken Aufschwung genommen. Neben dem Zentralverband der Handlungsgehilfen besteht noch der ebenfalls der Generalkommission angeschlossen Verband der Bureauangestellten, dessen Rekrutierungsgebiet zum Teil mit dem des Handlungsgehilfen-Verbandes zusammenfällt. Diese beiden Verbände haben sich nun unter Einfluß des Verbandes der deutschen Versicherungsbekannteten zu einer gemeinsamen Organisation verknüpfen. Die Beiräte der drei Verbände haben sich am 8. und 9. September über die Grundlagen für eine Einheitsorganisation verständigt, die unter dem Namen „Zentralverband der Angestellten“ mit dem 1. Oktober ins Leben tritt. Das gemeinsame Organ für alle Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten ist „Der freie Angestellte“, das zweimonatlich erscheint. Neben diesem Verbandsorgan bleiben die von den zusammengelegten Organisationen bisher herausgegebenen Fachblätter bestehen. Zu Vorstehenden mit gleichen Rechten wurden die bisherigen Vorstehenden des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Bureauangestellten, Otto Urban und Karl Diebel, bestimmt.

Bund der Technischen Angestellten und Beamten. Auf dem Verbandsstag des Deutschen Techniker-Verbandes und dem vom Bund der technisch-industriellen Beamten einberufenen Industrieeamtenstag wurde Ende Mai die Auflösung der beiden Organisationen und die Gründung einer Einheitsorganisation für alle technischen Angestellten und Beamten beschlossen. Diese neue Organisation ist unter dem Namen: Bund der Technischen Angestellten und Beamten am 1. Juli mit dem Sitz in Berlin in Kraft getreten. Das Verbandsorgan ist die „Deutsche Techniker-Zeitung“.

Gingefandt.

Zur Lage in der Bürstenindustrie.

Viele unserer Kollegen äußern Verlangen nach Beseitigung der Alfordarbeit. Gerade in unserer Branche, wo das Alfordsystem so ausgeprägt ist wie kaum in einem andern Beruf, ist das weiter nicht verwunderlich. Fast ein jeder Bürstenmacher hat seine Uhr vor sich liegen und sieht darauf, wann er eine Bürste oder einen Besen anfängt und wann er damit fertig ist. So geht es Stück für Stück, Tag für Tag. Am meisten findet es man in den Betrieben, wo die Kollegen immer ein und dieselbe Arbeit machen, Einzylinder, Besen oder Bürsten. Durch diese Arbeitstaktik und durch die Spezialisierung werden Leistungen erzielt, die man kaum für möglich hält. Dazu kommt noch das Dichtbeieinanderstehen, wo einer den andern beobachtet

lann, was für jeden einzelnen ein direktes Anreizmittel ist. Eine solche Arbeitsmethode trägt nicht zu einer Gesundung unseres Berufes und zur Freude an der Alfordarbeit bei. Dazu kommt noch, daß der Arbeitgeber den Alfordlohn stets nach den Höchstleistungen berechnen will. Dieses Wühlen und Hasten muß endlich einmal aufhören. Es ist dringend notwendig, einmal Richtlinien aufzustellen, eine Danks zu schaffen, auf der in Zukunft unsere Arbeit berechnet wird. Es wäre zu erwägen, was wohl als Durchschnittsleistung für das Einzylinder und das Besen ohne Auspugen und Beschnitten in Betracht käme. Von Neu-Ruppin las man, daß 1200 Bündel für das Besen als gute Leistung zu betrachten sei, andere Kollegen äußerten sich, daß 1800 bis 2000 Bündel als Durchschnitt anzuerkennen ist. Hierin muß Klarheit geschaffen werden. Ferner muß danach gestrebt werden, ein bestimmtes Maß in Leistung und Verdienst festzusetzen, was natürlich jeden einzelnen Betrieb selbst überlassen werden muß. Der außergewöhnlich leistungsfähige Arbeiter darf eben nur ein Teil mehr verdienen als der durchschnittliche Arbeiter. Haben wir ein solches Fundament geschaffen, dann werden wir auch zu einem vernünftigen Alford kommen. Es ist wohl angebracht, daß die Kollegen in den Branchenversammlungen diese Fragen besprechen. Ein weiterer Zweck meiner Anregung soll sein, sie auch auf die Tagesordnung der kommenden Branchenkonferenz zu bringen.

W. Brantig (Vab Lauterberg l. S.).

Gestorbene Mitglieder:
Hamburg, Sud. Postlemer, Tischler, 39 J.
Waldholz i. G. Chr. Friedr. Geiler, Sofabauer, 70 J.
Hildesheim, Wilh. Müller, Tischler, 53 J.
Kaufbeuren, Faver Hölz, Schreiner.
Chre ihren Andenten!

Anzeigen der Zahlstellen

Hamburg. Durch das Ausscheiden des bisherigen Vorkaufmanns infolge Wahl als Parteimitglied für Altana ist der Posten des 1. Bevollmächtigten frei geworden und wird hiermit zur sofortigen Besetzung ausgeschrieben. Erfahrene Kollegen, welche sich für diesen Posten geeignet halten, wollen ihre selbstgeschriebene Bewerbung, aus welcher ihre bisherige organisatorische Gewerkschaftstätigkeit hervorgeht, schnellstens einreichen. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Entlohnung beträgt monatlich 650 Mark einschließlich Wohnungszulage. Bewerbungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 11. Oktober 1919 an Händen des Kollegen G. Richter, Hamburg I, Bismarckstr. 57, III, Zimmer 29, einzuenden.

Mehrere **Tischler** auf furnierte Kastenmöbel bei tüchtige tarifmäßigen Lohn gesucht.
Schmidt & Lindner, Sorau (Niederlausitz).

Tüchtige **Möbeltischler** auf furnierte Möbel von moderner ein-gerichteter Möbelfabrik für dauernd gesucht. — Lohn nach Tarif. **Alexander Schwarz, Möbelfabrik, Chemar (Thür.).**

Stelle sofort 4 ältere tüchtige **Möbeltischler** ein. Höherer Durchschnittslohn 230 Mark.
Er. Reetzeh, Möbelfabrik für Innenausbau, Jasterburg, Siehstr. 26.

Tischlergesellen auf furnierte Arbeiten stellt ein **Franz Hennig & Sohn, Dessau, Elisabethstraße 22.**

2 bis 3 **Tischlergesellen** für furnierte Möbel tüchtige sofort gesucht. Nur erstklassige Leute wollen sich sof. melden. Stundenlohn 1,50 bis 2 Mark. Kost und Logis im Hause. **Emil Hammerling, Tischlermeister, Kranke (bleibt deutsch).**

10 tüchtige **Tischlergesellen** bei hohen Löhnen stellen noch ein **Meyers Erben, Stavenhagen in Mecklenburg.**

6 **Möbeltischler** auf Eichenmöbel, 1 **Beizer** und **Gerüstmacher** sucht **G. S. Kölla, Elmshorn in Holstein.**

Tüchtige **Möbeltischler** bei Möbelarbeiten gesucht. Zeugnis erwünscht.
A. Richter & Cie., Niederlositz bei Dresden.

6 **Möbel- u. 4 Bau Tischler**, unverheiratet, nicht unter 25 Jahren alt, für meine Werkstätten mit Arbeitslohn für sofort gesucht. Stundenlohn 1,50 bis 2,00 Mark. **H. B. Behrmann, Möbelfabrik, Range in Mecklenburg.**

Mehrere **Bauschreiner** für dauernde Beschäftigung für sofort gesucht. Stundenlohn 2,30 bis 2,50 Mark. **W. B. Schmidt, Mecklenburg.**

Mehrere **Bauschreiner u. Maschinenarbeiter** für dauernde Beschäftigung für sofort gesucht. **Richard Schreiner, Ad. Lange, Witten an der Ruhr.**

Sechs **Möbeltischler** auf furnierte Eichenmöbel bei und einen **Maschinenarbeiter** zum sofortigen Eintritt gesucht. **Möbelfabrik Oberle, Witten (bei Schwanau).**

Ein **Beizer** und ein **Maschinenarbeiter** für dauernde Beschäftigung für sofort gesucht. **Er. Reetzeh, Jasterburg, Siehstr. 26.**

10 **Möbeltischler** auf furnierte Möbel tüchtige sofort gesucht.
Er. Reetzeh, Jasterburg, Siehstr. 26.

6 **Bauschreiner** auf Fenster und Türen Sferlohn, gesucht (Caristlohn). Für Unverheiratet Unterkunft besorgt. Anfragen an **Jean Bräutigam, Zahlstelle Meise (Ruhr).**

5 bis 10 tüchtige **Bauschreiner** können eintreten. Günter Verpflegungs- u. Wohnungsverhältn. am Platz. **Geislinger Möbelfabrik, Eckardt & Co., Fabrik-Giliale Dettingen (Bad.).**

Tüchtige **Möbeltischler**, die nach Zeichn. arb., für dauernd gesucht.
Edwin Dörs, Möbelfabrik, Mählhausen i. Thür.

Staatlich **Abschreinermeister**, 30 Jahre alt, geprüfter **Maschinenarbeiter** mit 5monat. Fachschulbildung sucht Stellung als Werkmeister oder ähnlichen Posten. Offerten unter **N. 3. 486** an die Expedition dieser Zeitung.

Ca. 20 tüchtige **Bau- u. Möbeltischler** für dauernde Beschäftigung. sofort gef. Schlafräume können evtl. gef. werden. **Wilhelmswerk, Rüstlin-Kreuzstadt, Weinbergstraße 45.**

Erfahrener **Meister** zur Beaufsichtigung über Maschinenarbeiter sofort gesucht. Betreffender muß Zuschnitterei mit übernehmen, gute Holzkenntnisse besitzen und im Verteilen der Arbeit sowie Anrichten derselben gute Erfahrungen aufweisen können. Bevorzugt Meister, welcher gute Gefellen mitbringt. Angebote mit Gehaltsansprüchen, Zeugnisabschriften und Befähigung des Kandidaten unter **N. 3. 465** an die Exped. d. Zeitung.

Gesucht **Bautischler** bei 1,70 Mk. Stundenlohn. Bei Alfordarbeit entsprechend erhöhter Verdienst. **Vaugeschäft Göblich, Schmiedeburg im Meißengeb.**

1 flotter **BandsägeSchneider** wird eingestellt. Wohnung und Unterkunft ist vorhanden. Reisepesen werden vergütet. **Holzbearbeitungsfabrik Erich Voigt, Obernig bei Breslau.**

Einem **Zuschnitter** sowie mehrere **Bauschreiner** in dauernde Stellung für sofort gesucht. Stundenl. 2,30—2,40 Mk.
Gehrder Hahn, Altena in Westfalen.

Zum sofortigen Eintritt **Stuhlbaner** suchen wir 3 bis 4 gewandte (ledig). Bezahlung erf. u. Tarif. **Schwarz, Sig. Möbelwerke G.m.b.H., Göttingen (Württh.).**

Mehrere tüchtige **Stuhlbaner** gesucht. **Möbelfabrik Nordhastedt in Holstein.**

Einige **gute Stuhlbaner** sofort gesucht. **Rheinisch-Westf. Holzindustrie G.m.b.H. Viesefeld, Rauterstr. 61.**

Mehrere **Stuhl- und Sesselbaner** gegen hohen Lohn sofort in dauernde Stellung gesucht. **Für gutes Logis wird geforgt. Sauerland. Stuhlfabrik, Deventrop (Westf.).**

Tüchtige **Beizer, Polierer u. Drechsler** zum sofortigen Eintritt gesucht. **Boigl. Industrie-Aktien-Gesellschaft, Auerbach i. B.**

Gef. u. sof. nach Zürich **Rahmenvergold.** ein mit ganz tüchtiger **Beizer** soll in allen Arbeiten seines Fachs selbständigsten. **Arbeitsnachweis d. Bergold., Ferd. König, Berdstr. 2, Aispetten b. Zürich.**

Bilderrahmenzuschneider, Bilderrahmenschneider, **Parabergvergold u. Gerüstmacher** für den Dauerstellung. **Kunststoff B. Gross, A. G., Leipzig-S., Obere Münsterstr. 1/3.**

Tüchtiger **Peisengrundierer** sowie einige **Leistenvergold** in Dauerstell. sof. gef. **J. Petry, Goldleipenfabr., München, Thallkirchnerstr. 47.**

Polierer. Tüchtige Polierer auf Schirm- und Spazierstöcke aus Holz verlangen **H. Ludwig & Co., Berlin, Gubenstr. 47.**

Tüchtige **Rahmenvergold** werden für dauernde, angenehme Stellung gesucht. **Qualitätswerke Bed & Co., Qualitätenfabrik, Leipzig-Stützeritz, Wasserturmstr. 7.**

Ver- Leistengrundierer (Kastengrundier.) fester **sof. gef. Leistenfr. F. G. Conzen, Düsseldorf, Poststr. 1a/1b.**

Ein **Drechslergehilfe** für Kleiderständer u. Tischlerbedarfsartikel für sofort gesucht. **Drehbank ist auf Kraft. Franz Beltz, Gletwitz, Neue-Welt-Str. 3a.**

Tüchtige **Drechsler** stellt sofort ein **Paul Schühert, Drechslererei mit Kraftbetrieb, Oppeln, Sternstr. 20.**

Tücht. **Drechsler**, der auch beizen kann, gef. für dauernd. **Arbeitsnachweis Priebeus, J. A., Franz Schneider.**

Kammacher für glatten und durchbrochenen Haachsmud suchen per sofort **Arthur Andreas & Co., G. m. b. H., Kammin-Zelluloidfabr., Oberramstadt b. Darmstadt.**

Tücht. **Kastennmacher** u. **Kastenheifer** werden gesucht vom **Arbeitsnachweis für die Metallindustrie in Stuttgart, Schmalestr. 11, Zimmer 44.**

Kastennmacher auf offene Kutschwagen für sofort gef. **Elekt. Betrieb. Fritz Brademann, Zrehbin (Kreis Seltow), Kommandantenstraße 12.**

Tüchtige **Stellmacher** für sofort gesucht. **C. Schmidt, Wagen- und Raderfabrik, Dshersleben (Bode).**

Gestellmacher f. Korbmöbel sucht **Korbm.-Vereinigung Schöner (Oberf.).**

Tüchtiger **Bürstenmacher** (Zurichter) gef. selbständ. **Auskunft erteilt die Ortsverwaltung in Bamberg, Ludwig-Wirth, Spiegelgraben 24.**

Tüchtiger **Bürstenmacher** gesucht. **Franz Leopold, Bürstenmacher, Kronach (Bayern), Dambergerstraße.**

Suche für **einen Arbeiter** auf nur gute sofort **Ladenware.** Auf Anfragen wird gern Auskunft erteilt. **Soh. Gg. Reinacher, Nachfolger Karl Angele, Bürstenmacher, Lahr (Baden).**

Tüchtige **Korbhörer** bei dauernder, lohnend. Beschäftigung gesucht. **Korlenfabrik G. Hübschmann & Co., Hamburg I, Besenbindehof 13a.**

La Mattine, hell, konzentriert, zum Verdünnen m. Spiritus, 18 Mk. pro Liter. **Polieröl, goldgelb, 5 Mk. pro Liter. Polleröl, dickflüssig, 4,50 Mk. pro Liter. Probekannen von 2 1/2 und 5 Liter gegen Nachnahme. Chemische Fabrik Rud. Oehlke, Berlin SO. 116, Lübberstrasse 1.**

Stuhlflechtrohr (Sisapa), 2, 3 u. 4mm breit, p.kg 28 Mk. **Heiert Walker, Dresden 22, Reheleiderstr. 51.**

Ref Bedarf an **Handleiterwagen** verlangen Sie bitte die kostenlose Preisliste der Firma **Kurt Rose-Zeit 145**

Wer liefert Ebenholz-Abfälle 70 mm lg., 10x10 mm □. **W. SCHIEFER, Halberstadt, Braunschweiger Strasse 25.**

Schöne Intarsien-Holzleimlagen für Möbel-Schatteln **Maxim. Weiß, Leipzig 3.**

Patent **Bruchlöcher** über **Selbst-Anmalung** gratis von **H. Berbig, Hannover, Rollwallestraße 5A.**

Ziehklängen = Hobel tausendfach bewährt. **St. 7,75 Mk., 6-Stk.-Postpaket 45,00 Mk. Schinder: St. 2,75 Mk., Putzend. 24,00 Mk. Bührw. mit Büchse, nur 6-Stück-Packung, 26,00 Mk., liefert **Max Walther, Dresden 22, Rehefelder Straße 51.****

Kunstgew. Tischler-Fachschule Cöthen **Erste deutsche Holz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbedienten. Programm kostenlos durch die Direktion.**

Tischlerfachschule Ilmenau i. Thür. **Ausbildung schnell und gründlich! Auskunft erteilt gern die Direktion.**

Tischler-Fachschule Detmold **Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Bechickt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorge-Ellen. Anstuf durch die Direktion: B. Kollmer.**

Tischlerschule Blankenburg (Hars) **Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner. Meisterprüfung. Programm frei. Dir. REINKING.**

Bauschule Rastede in Oldenburg **Meister- und Polierkurse. Ausführliches Programm frei.**

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. **Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.**

Die Buchhandlung der Verlagsanstalt empfiehlt:
Etuis für mittelgebüch. . . pro Stück 20 Pf.
Lohnbücher, 40 Seiten stark, pro Stück 40 Pf.
Protokollbücher, Quart, 192 Seiten, 5 Mk.
Quittungsformulare, Block mit 50 Formularen 25 Pf.
Einladungspostkarten für mit-gliederverfammlungen . . . 100 Stück 2,40 Mk. 500 Stück 10 Mk.
Einkassiererkarten für Beitragsammler 100 Stück 2,50, 500 Stück 11, 1000 Stück 20 Mk.
Für Schreibmaschinen:
Kohlepapier, obersch. pro Karton 10 Mk. bessere Qualität 14 Mk.

Alles zur Laublagerei **Kerbschnitt Holzbrand. liefert billigt **J. L. HAHN, Maxdorf 11 i. d. Pfalz. Postcheck-Konto: Ludwigshafen a. Rh. 1999. Katalog-lieferung für 80 Pf. franko.****

Holzkit, Schellackkit und Wachskitt in diversen Farben. **1 Kilo 16,80 Mk. ab Frankfurt a. M. Die besten Mittel, schadhafte Stellen in Holz auszubessern. (Nur mit heissem Eisen einbrennen.) **Dreherpech, 1 Kilo 9,50 Mk., empf. **J. NIBEN, Frankfurt a. Main, Rohrbachstrasse 53.******